

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 29.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 21. Juli 1916.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellenged. und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag

17. Jahrg.

Die zukünftige Arbeiterbewegung und die heimkehrenden Krieger.

Für die zukünftige Gestaltung der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands wird es naturgemäß von der allergrößten Bedeutung sein, welchen Stempel ihr nach der Rückkehr die Krieger aufdrücken werden. Darauf nimmt auch der diesjährige Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes näheren Bezug, indem er sowohl unsere wie auch die sozialdemokratische Bewegung berührt.

Die große Zahl der Einberufungen hat selbstredend recht derb in die Mitgliederziffern, besonders unserer Bewegung hineingepackt. Nach vorläufigen Feststellungen betrug der gegenwärtig beitragszahlende Mitgliederstand in den christlichen Gewerkschaften Ende 1915 rund 160 000. Die Zahl der Einberufenen war bis dahin auf etwa 152 500 gestiegen. Die einzelnen Verbände sind von den Einberufungen sehr ungleichmäßig getroffen worden. In einzelnen handwerksmäßigen Berufen stehen mehr wie zwei Drittel der Mitglieder unter den Waffen. Da es sich dabei um die tatkräftigsten Elemente handelt, so ist die entscheidende Rolle, welche dieselben nach ihrer Wiederkehr aus den Schützengräben in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung spielen werden, ohne weiteres gegeben. Wir leben der festen Zuversicht, daß das große Erleben dieser Mitglieder sie für die Bedeutung einer unabhängigen, zielbewußten Arbeiterbewegung noch empfänglicher gemacht hat, wie früher, und daß sie der Bewegung einen kräftigen Aufschwung vermitteln werden.

Die Stellungnahme der heimkehrenden Krieger wird von ausschlaggebender Bedeutung sein insbesondere auch für die Gestaltung der Dinge im sozialdemokratischen Lager. In der letzten Zeit haben die Verhältnisse hier eine derartige Zuspitzung erfahren, daß von einer völligen Spaltung geredet werden kann, womit allerdings nicht gesagt ist, daß diese Spaltung eine den Krieg überdauernde sein müsse oder sein werde. Fest steht aber, daß durch die Zuspitzung die Massen in den sozialistischen Gewerkschaften durcheinandergeworfen werden und eine heillose Verwirrung entsteht. Insofern sind die betreffenden Vorgänge keine ausschließlich innere Angelegenheit der Sozialdemokratie. Ihre Wirkungen berühren die Arbeiterschaft und namentlich die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter allgemein. Geschlossenheit auf der ganzen Linie, das dürfte aus den oben gemachten Ausführungen hervorgehen, ist das wichtigste Erfordernis für die ganze deutsche Gewerkschaftswelt in der nächsten Zeit. Die Absonderung der radikalen Minderheit in der Sozialdemokratie entspringt Erwägungen, die einen Rückschlag in die schlimmsten Zeiten revolutionärer Romantik bedeuten; es ist die niedrige Spekulation auf die sich in gewissen Kreisen ansammelnde Unzufriedenheit und die Hoffnung, die Kritik zum Kernpunkt wüßtester Agitation machen zu können. Die paar Eingänger, die aus wirklichen sozialen Gewissensbedenken die Absonderung mitgemacht haben, ändern an dieser Tatsache nichts. Aus den besagten Gründen verdient die neueste Aktion entschiedenste Verurteilung und Bekämpfung. Außerdem natürlich auch deshalb, weil sie in unverantwortlicher Weise dem erlöschenden Feuer der Kriegsbegeisterung unserer Gegner willkommene Nahrung zuführt — und damit gleichzeitig der allzeit wachsamem sozialpolitischen Reaktion im Innern Deutschlands.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann demgegenüber darauf hinweisen, daß sie infolge unablässigen Bemühens während der Kriegszeit geistig geschlossener denn je aus dem Kriege hervorgehen wird. Ein erstes äußeres Zeichen dessen ist die mit Jahresbeginn erfolgte Herausgabe der Monatschrift „Deutsche Arbeit“, die in den eigenen Kreisen große Begeisterung ausgelöst, in der Öffentlichkeit aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich viel Beachtung und Anerkennung errungen hat. Je mehr der Friede in Sicht kommt, umso mehr wird die Geschlossenheit

der Bewegung auch nach außen in Erscheinung treten. Mit umso größerer Freude werden dann gewiß unsere heimkehrenden Kollegen sich wieder der Bewegung zuwenden und sie zu einer immer wirksamer werdenden Interessenvertretung mit ausbauen.

Die Kriegstagung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen.

Ende August 1912 wurde der Gesamtverband deutscher Krankenkassen gegründet. 43 Kassen waren an der Gründung beteiligt. Die christlichen und kirchlich-Dunkerischen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine und der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband hatten die Initiative zur Gründung des Verbandes ergriffen. Die hervorragenden Führer aller bürgerlichen Parteien erklärten mündlich oder schriftlich der Gründungsversammlung, daß sie die Errichtung des neuen Verbandes als notwendig erachteten und deshalb sehr begrüßten. Am 1. Januar 1913 begann der Verband seine ordentliche Tätigkeit. Seine Geschäftsstelle ist in Cöln am Rhein, Denloerwall 9. Die erste Nummer der eigenen Verbandszeitschrift „Die Krankenversicherung“ erschien am 10. Januar 1913. Die Zeitschrift kostet jährlich 5 Mk. ohne Bestellgeld und erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Sie zählt die hervorragendsten Autoritäten auf dem Gebiete des Versicherungsrechts und der Versicherungspraxis zu ihren Mitarbeitern und kann sich somit inhaltlich den ältesten Fachzeitschriften würdig zur Seite stellen. Dem Gesamtverband deutscher Krankenkassen gehören zur Zeit etwa 430 Kassen an. Für Bayern, Baden, Rheinland, Westfalen, Schlesien und die Provinz Sachsen sind bereits Landesverbände gegründet worden, die sich ausgezeichnet entwickeln. Die Gründung von Landesverbänden für andere Provinzen steht noch bevor.

Der Verband wurde gegründet, damit die Krankenkassen Gelegenheit bekamen, sich einer parteipolitisch vollständig neutralen Organisation anzugliedern, zumal sich immer mehr herausstellte, daß der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Sitz Dresden, mehr und mehr sich der sozialdemokratischen Parteibewegung zuneigte. Der Vorstand des Gesamtverbandes ist deshalb auch von Vertretern aller Partei- und Gewerkschaftsrichtungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, zusammengesetzt, jedoch seine Neutralität dadurch vollständig verbürgt ist. Der 1. Vorsitzende des Gesamtverbandes ist Reichstagsabgeordneter Behrens, der 2. Vorsitzende ist Fabrikant Koenigs-Machen, der 1. Schriftführer ist der Sekretär der kirchlich-Dunkerischen Gewerkschaften Lewin-Berlin, der 2. Schriftführer und Geschäftsführer des Gesamtverbandes ist Reichstagsabgeordneter Becker-Cöln, der auch das Verbandsorgan leitet.

Am 26. und 27. Juni d. J. hielt der Gesamtverband deutscher Krankenkassen zu Berlin eine Kriegstagung ab, die sehr stark besucht war. Das preussische Kriegsministerium, das Reichsversicherungsamt, das Reichsgesundheitsamt und das Berliner Oberversicherungsamt hatten Vertreter entsandt.

Die wichtigsten Fragen, die zur Zeit das Versicherungsweesen berühren, standen zur Beratung auf der Kriegstagung. Ueber die Mitwirkung der Krankenkassen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten sprach der Vorkämpfer in diesem Kampfe Professor Dr. Blaschko-Berlin. Volksbürovorsteher Dietz-M.-Gladbach begründete in längerer Rede die Vorschläge zur Milderung der Reichsversicherungsordnung, die der Vorstand des Gesamtverbandes der Kriegstagung unterbreitete. Ueber die Arzneiverforgung der Zivilbevölkerung, vor allem der Krankenkassen, sprach Verwaltungsdirektor Meyer-Essen; die Frage der Einstellung Kriegsgeschädigter bei den Krankenkassen erörterte der Vorsitzende des bayerischen Krankenkassenverbandes, Rechtsanwalt Habereder-Passau; über das Verhältnis der Zwangskassen zu den Ersatzkassen sprach Rentant Greve-Essen; die Entschädigung der Landesversicherungsanstalten für die Beitragseinzahlung und den Kartenumtausch an die Krankenkassen wurde von dem Geschäftsführer der allgemeinen Ortskrankenkasse Bonn Eichhoff behandelt; die wichtige Frage des Ersatzanspruches der Krankenkassen für Anwendungen an Kriegsgeschädigte war das Thema eines Vortrages des Geschäftsführers Reifensath von

der allgemeinen Ortskrankenkasse Gelsenkirchen. Ueber das Berliner Krankenabkommen berichtete Reichstagsabgeordneter Becker, der auch den Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, erörterte. Die Kriegstagung bewies, daß die Krankenkassen in dem neuen Gesamtverband, der sich so außerordentlich günstig entwickelt hat, eine tatkräftige Vertretung gefunden haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Gesamtverband, trotzdem er erst einige Jahre tätig war, sich großen Einfluß errungen hat bei der Reichsleitung sowohl wie bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und auch im Parlament. Demgemäß waren dann auch seine Erfolge. Der gedruckte Geschäftsbericht beweist es. Er wird jeder dem Gesamtverband oder einem seiner Landesverbände angeschlossenen Kasse in einem Exemplar gratis zugestellt.

Nicht nur für die Kassenpraktiker, sondern für jeden Sozialpolitiker gibt der Bericht eine Fülle von Anregungen und Material, jedoch seine Anschaffung nur empfohlen werden kann.

Ueber die Kriegstagung wird ein gesonderter, gedruckter Bericht (in Broschürenform) erscheinen. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Dem Schlußwort des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Behrens, daß die Notwendigkeit des Verbandes sich durch seine günstige Entwicklung und seine erfolgreiche Tätigkeit bewiesen habe und deshalb nur dringend gewünscht werden könne, daß alle noch fernstehenden, der Richtung des Verbandes sich zuneigenden Kassen ihm anschließen möchten, können wir nur beipflichten. Wir erjuchen deshalb alle Gewerkschaftsmitglieder, für die Ausbreitung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen nach Kräften tätig zu sein im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer Krankenkassen und der ganzen sozialen Versicherung.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 29. **Wochenbeitrag** im Jahre 1916 für die Zeit vom 16. bis 22. Juli fällig ist.

Verbandsgehälter, ganz gleich ob es Gelder der Hauptkasse oder der Ortskassen sind, dürfen nur mündlicher angelegt werden. Am besten eignen sich dazu behördliche Sparkassen. Unter keinen Umständen dürfen Verbandsgehälter — auch nicht gegen allerlei Sicherheiten — an Personen ausgeliehen werden. Die Verbandsgehälter sind auch so anzulegen, daß sie eine Person allein nicht in Besitz nehmen kann. Dem Ortsverwalter und Revisoren obliegt die Pflicht, sich mindestens am Vierteljahresschluß davon zu überzeugen, daß die Verbandsgehälter unbedingt sicher angelegt sind.

Gewerkschaftliches.

Kriegszieleingaben und christliche Gewerkschaften. In der Tagespresse ist in den letzten Tagen verschiedentlich behauptet worden, außer anderen Organisationen habe sich auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften der bekannten Kriegseingabe sechs großer Wirtschaftsverbände angeschlossen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat es vielmehr abgelehnt, derartigen Eingaben seine Unterschrift zu geben. Im vorliegenden Falle haben lediglich einzelne Personen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften an einschlägigen Besprechungen teilgenommen, ohne jedoch verbindende Erklärungen abzugeben. Von einem korporativen Anschluß kann gar keine Rede sein. Noch viel weniger kann davon die Rede sein, als ob die christliche Gewerkschaftsbewegung irgend etwas mit den unverantwortlichen Stänkereien gegen den Reichskanzler zu tun habe.

Aus der soziald. Eisenbahnerbewegung. Mit Hilfe der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist am 1. Juli eine neue Eisenbahnerorganisation „Der Deutsche Eisenbahnerverband“ ins Leben getreten.

Die Zentralvorstände der Kupferschmiede, Maler, Maschinisten, Metallarbeiter, Transportarbeiter, haben unter Zustimmung der Generalkommission nach wiederholten Beratungen beschloffen, freiwillig auf die Organisation der Eisenbahner zu verzichten und ihren Mitgliedern in den Betrieben der Eisenbahner-

waltung den Uebertritt in den Deutschen Eisenbahnerverband zu empfehlen. Nach der „Frankf. Ztg.“ sind die Gründe dafür folgende: Nach dem Erlaß des preussischen Eisenbahnministers vom 4. Januar 1916 ist zwar die Beschäftigung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter in Eisenbahnbetrieben zugelassen, die Beteiligung an Streikorganisationen aber verboten. Nach den öffentlichen Erklärungen des Ministers würden solche Arbeiter keine Aussicht haben, mit den übrigen gleichgestellt und dauernd aufgenommen zu werden. Durch die neue Organisation, die den Streik ausschließt, solle dem vorgebeugt werden.

Es scheint also, daß man drüben umgelernt hat. Früher wurden nämlich die Organisationen der Verkehrsarbeiter, die den Streik ablehnten, stets in der bittersten Weise von denselben Leuten bekämpft, die nunmehr ebenfalls den Verkehrsstreik ausschließen.

Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat sich der neuern Organisation noch nicht angeschlossen. Er hat vielmehr in einer Sitzung des Hauptverbandes, der Gauleiter und der Vertrauensleute am 24. Juni beschlossen, sich in einen „Verband des Verkehrspersonals“ umzuwandeln. Dieser soll zukünftig auch das Verkehrspersonal der sächsischen Staatsbahn umfassen. Ferner soll auch das Post- und Telegraphenpersonal in den Verband aufgenommen werden. In der soziald. Gewerkschaftspresse wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Verband des Verkehrspersonals sich bald dem neuen Eisenbahnerverband anschließen werde.

Rundschau.

Bei der Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahre wird es dringend nötig sein, daß endlich einmal in allen Landesteilen eine durchgreifende Verteilung der Vorräte erfolgt. Alles Schimpfen über die Hamsterer sowie die Bekandkaufnahmen in den Wohnungen werden sehr wenig helfen, wenn nicht das Uebel an der Wurzel beseitigt wird. Was not tut, ist, daß die Quellen verstopft werden, aus denen die besitzenden Kreise mit ihrem Gelde die Waren beziehen können und daß diese Waren gleichmäßig auf alle Personen verteilt werden. Die Regelung, wie sie für die Brotverteilung einheitlich durchgeführt ist, sollte auch für eine Reihe anderer Lebensmittel, insbesondere für Fleisch, Fett, Butter, Eier usw. vorgenommen werden. In manchen deutschen Bundesstaaten ist das ja auch schon länger mit großem Erfolge geschehen. In Preußen dagegen, dem größten deutschen Bundesstaate, hat man sich zu dieser vernünftigen Regelung bis jetzt noch nicht aufschwingen können. Es ist dringend nötig, daß wir recht bald Reichslebensmittelmärkte erhalten, die allein zum Bezuge von bestimmten Lebensmitteln berechtigen und die es unmöglich machen, daß die reichen Leute sich mit allen Lebensmitteln überreichlich versehen können, während die armen Leute darben müssen. Diesbezüglich sind kürzlich in Köln lehrreiche Erfahrungen gesammelt worden. Bevor hier die Fleischverteilung durch Ausgabe von Fleischmarken auch für die Restaurationen geregelt war, war meistens nirgendwo Fleisch zu haben. Kaum hatten die Metzger ihre Läden geöffnet, hing auch das Schild im Schaufenster: „Fleisch ausverkauft“. Das Fleisch wanderte eben bei die „bessere“ Rundschau, in die Restaurationen und nach auswärts, trotzdem es von der Stadt Köln für ihre Bevölkerung beschafft war. Als dagegen die Fleischmarken zur Einführung gelangten und der bis dahin betriebene Schwindel nicht mehr möglich war, war auf einmal Fleisch genügend zu kaufen. Wird man sich nicht dazu entschließen können, für das ganze deutsche Reich einheitliche Lebensmittelmärkte einzuführen, und den Aufkauf vom Produzenten besser zu regeln, dann sind alle sonstigen Verteilungsmaßnahmen nur Halbheiten, bei der die ärmere Bevölkerung das Nachsehen hat.

Unfälle jugendlicher Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß vielfach von den Holzbearbeitungsmaschinen die geübten Arbeiter fortgenommen und an deren Stelle jugendliche ungeübte Kräfte hingestellt worden sind. Dadurch scheint insbesondere bei den jugendlichen Arbeitern eine Vermehrung der Unfälle herbeigeführt worden zu sein, wie aus einer Mahnung der Sektion IX der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft an ihre Mitglieder hervorgeht. In dieser Mahnung heißt es, daß im abgelaufenen Jahre die Zahl der Unfälle, meist schwerer Handhabungen, bei jugendlichen Arbeitern, infolge verbotswidriger Beschäftigung von solchen ungeübten, nicht über die nötige Körperkraft und Umsicht verfügenden Hilfskräften, an Maschinen, insbesondere an der Kreissäge, so auffallend in die Erscheinung getreten sei, daß der Sektions-Vorstand nicht

umhin könne, die frühere Warnung ernstlich und eindringlich wiederholen zu müssen. Es wird dann auf die §§ 80 und 82 der Unfallverhütungsvorschriften der Genossenschaft verwiesen, in denen es heißt:

§ 80. Die Bedienung von Triebwerken darf nur männlichen, über 18 Jahre alten Personen übertragen werden, die damit vertraut sind.

§ 82. Die Bestimmungen für Triebwerke gelten sinngemäß für Einrichtung und Bedienung der Arbeitsmaschinen.

Wenn die Not der Zeit auch ausnahmsweise Verhältnisse geschaffen habe, so heißt es weiter in der Mahnung, so gebiete es doch nicht nur das hohe geldliche Interesse der Genossenschaft, sondern auch die moralische Pflicht der Vorstände, die Mitglieder, um dieselben und ihre Stellvertreter gleichzeitig vor unliebsamen Weiterungen zu schützen, an die Beachtung der für Leben und Gesundheit gerade der jugendlichen Arbeiter erlassenen Schutzmaßnahmen erneut zu erinnern. Nach § 120 der Gewerbeordnung und § 230 des Strafgesetzbuches, § 170 der Unfallverhütungsvorschriften und § 903 der Reichsversicherungsordnung könnten, bei Nichtbeachtung, außer Einschätzung der einzelnen Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse, Geldstrafen bis zu 1000 Mark verhängt werden; ferner käme die Geldendmachung der Haftung gegenüber der Berufsgenossenschaft für alles, was diese habe aufwenden müssen, in Betracht, wobei statt der Rente gar der Kapitalwert gefordert werden könne. Endlich wird an ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes erinnert, in dem gesagt ist, daß die im Dienste des Wirtschaftslebens während des Krieges tätige Arbeiterschaft nach Möglichkeit vor Unfallgefahren geschützt werden müsse. Bei den Opfern an Menschenleben, die der Krieg erfordere, sei eine schonende Behandlung unjener lebendigen Hilfsquellen nicht bloß ein Gebot der Sittlichkeit, sondern auch der Volkswirtschaft. Endlich weist der Sektionsvorstand noch darauf hin, daß Vierkantwellen an Abrihtmaschinen verboten sind und nur noch runde Messerwellen mit runden Schraubenmuttern verwendet werden dürfen.

Lehrlingsrückgang im Handwerk. Der Krieg hat einen großen Rückgang der Lehrlinge im Handwerk verursacht. Die bestehenden Lehrverträge wurden in zahlreichen Fällen aufgehoben. Die höheren Verdienste in der Kriegsindustrie veranlaßten viele jungen Leute, statt ein Handwerk zu erlernen, in der Industrie ihre Beschäftigung zu nehmen. Hiergegen waren auch die Bestrebungen der Handwerkskammern ziemlich machtlos. Zahlreiche Lehrlinge sind inzwischen auch zum Heeresdienst eingezogen worden, ohne daß sie die Gesellenprüfung haben ablegen können. Um einen größeren Zustrom von Lehrlingen zum Handwerk zukünftig wieder herbeizuführen, wird verschiedentlich empfohlen, den Lehrlingen eine höhere Entschädigung wie bisher zu gewähren. Daneben wird es nötig sein, daß den Lehrlingen im Handwerk auch noch mit andern Maßnahmen gebietet wird. Insbesondere erscheint es uns nötig zu sein, daß die Lehrzeit nur zu einer ordnungsmäßigen Ausbildung des Lehrlings verwendet und nicht über das nötige Maß hinaus ausgedehnt wird. Die Bestrebungen mancher Handwerkszweige, die Lehrzeit um ein Jahr zu verlängern, fördern den Zustrom von Lehrlingen sicher nicht.

Ein alter Schwindel, der immer und immer wieder unter den bedürftigsten Frauen seine Opfer findet, ist endlich einmal durch Urteil des Amtsgerichts Halle entlarvt worden. Karl Geyer, der Inhaber eines „Stickerie-Verbandes“ in Halle a. S., ist verurteilt worden, zwei Berliner Heimarbeiterinnen 19 resp. 22,50 M., d. i. die Kosten der Stickerieapparate, die sie von ihm bezogen hatten, gegen Rückgabe derselben zu erstatten. — Geyer pflegt durch Inserate „garantiert dauernde, gut lohnende Heimarbeit durch leichte, interessante Handarbeit“ anzubieten; für die einweisenden 40 Pfg. verleiht er ein Musterblümchen und schwärzt dann den sich meldenden Frauen zum Preise von 20 M. einen Stickerieapparat auf, mittels dessen sie die „garantiert dauernde und gut lohnende“ Heimarbeit, die er ihnen laut Garantieschein zu überweisen verspricht, ausführen sollen. Geyer erhielt nun auch von den beiden Klägerinnen das Geld für den Stickerieapparat — diese jedoch nicht die versprochene Arbeit! Sie erkannten bald, daß sie betrogen waren, daß Geyer nicht darauf ausging, Arbeiterinnen für seinen Stickerieverband, sondern nur möglichst zahlreiche Abnehmer für seine minderwertigen Apparate zu finden, (deren Wert einschließlich Stickerieapparat, Schere und Material vom gerichtlichen Sachverständigen jetzt auf 5,50 M. erkannt ist). Demgemäß klagten Frau J. und Frau G. beim Amtsgericht Halle auf Rückerstattung ihrer Ausgaben wegen arglistiger Täuschung und unehrlichen Handelns. — Das Gericht hat dieser Klage stattgegeben. Dabei stellte sich heraus, daß der Angeklagte im Jahre 1915 gegen 1000 solcher Stickerieeinrichtungen verkauft hat. Bei einem so großen Umsatz ist es natürlich ausgeschlossen, daß Geyer gemäß seiner Zusage allen

Käuferinnen „dauernd gut lohnende Heimarbeit“ und somit einen beträchtlichen Nebenverdienst zukommen lassen will und kann, zumal die mit dem Apparat hergestellten Arbeiten gänzlich unmodern und unpraktisch, da Mottenfänger, sind und seit Jahren nicht mehr gekauft werden. Es lag somit ein bewußte arglistige Täuschung im Sinne des § 123 B. G. vor, der Kauf ist als nichtig anzusehen, der Beklagte verpflichtet, die verkaufte Einrichtung zurückzunehmen und den gezahlten Kaufpreis nebst den Portoauslagen, die die Klägerin gehabt hat, zurückzugewähren. — Besonders verhängnisvoll ist dieser Schwindel, da es Geyer gelungen ist, weite Lande mit seinen Vertretern zu verfeuchten.

Die Stellung der deutschen Arbeiterschaft in Krieg und Frieden behandelte kürzlich nach der „Sozialen Praxis“ in Wilna erscheinende „Zeitung der X. Armee.“ Sie erinnert daran, wie ganz Deutschland sich in den Tagen der Kriegserklärungen, aufs äußerste bedroht, gegen die Vernichtung des Volksganzen fest zusammenschloß, und weist darauf hin, daß auch die Nachwirkungen des Krieges, zumal wenn die Drohung eines Handelskrieges sich verwirklicht, nicht leicht zu überwinden sein würden. Es wäre deshalb zweifellos erfreulich, wenn es gelänge, die scharfen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die vielfach vor dem Krieg ausgefochten worden sind, möglichst einzuschränken, da diese Wirtschaftskriege naturgemäß beiden Parteien Opfer kosteten. Eine Einschränkung dieser Kämpfe sei nur dadurch möglich, da niemand mehr das Koalitionsrecht der Arbeiter antaste; jede Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit durch Arbeitgeber müßte verboten und unter Strafe gestellt werden, wenn nicht die gesamte Unternehmertum es flugerweise vorziehe, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter selbst nicht mehr zu befehlen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter in dieser Weise sicher gestellt dann könnten Arbeiter und Unternehmer als Gleichberechtigte Tarifverträge abschließen und dadurch wirtschaftliche Kämpfe wenigstens auf Zeit ausschließen. Die allgemeine Nichtschluß für solche Vertragsabschlüsse läge in der Erkenntnis: „Die Wünsche der Arbeiterschaft bewegen sich im Rahmen der Berechtigten und sind erfüllbar. Der geistige und wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Arbeiter kommt der Industrie selbst wieder zugute. Der kulturell hochstehenden Arbeiterschaft es mit zu danken, daß Deutschlands Industrie einen so erfreulichen Aufschwung nahm. Die Beschaffenheit der Arbeit des Arbeiters, des wertvollsten Erzeugungsmittels, dessen die der Unternehmer bedient, ist mit dafür entscheidend, ob ein Betrieb ein Mehrertrag erzielt wird. Je erkenntnisreicher und geschulter der Arbeiter ist, desto vorteilhafter für den Unternehmer. Am deutlichsten sehen wir das in Rußland, wo eine geistig und wirtschaftlich unterdrückte Arbeiterschaft die Entwicklung der dortigen Industrie hemmend im Wege steht.“

Dieses Verständnis gegenüber der Arbeiterbewegung ist einer Zeitung unjeres Feldheeres ist ein neuer Beleg dafür, daß die militärischen Stellen oft ein viel objektiveres Urteil über das Wirken der Arbeiterbewegung sich gebildet, wie wir es von manchen anderen Kreisen nicht selten zu hören bekommen. Allerdings tritt in dem jetzigen Kriege auch sehr deutlich der große Wert der gewerkschaftlich geschulten, an Disziplin gewöhnten Arbeiter für das Heer in die Erscheinung.

Aus dem gewerblichen Leben.

Eine erhebliche Preiserhöhung für Möbel hat eine am Montag, den 3. Juli im Kaiserhof zu Berlin stattgehabte Versammlung von Arbeitgeberverbänden der Holzindustrie beschlossen. Die Versammlung war einberufen vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe der freien Vereinigung der Holz-Industriellen zu Berlin, der Tischler-Innung zu Berlin und der Vereinigung deutscher Möbel-Industrieller. Handelsrichter Fleischmann leitete die Versammlung. Herr Bry referierte über die Preisgestaltung, kennzeichnete die Lage der Möbelindustrie, die erheblich gestiegenen Produktionskosten, insbesondere durch die Erhöhung der Rohmaterialien und verurteilte die ungesunde Kreditgewährung. Obermeister Raschdt hob hervor, daß auch noch die weitere Erhöhung der Arbeitslöhne, die ihre Berechtigung habe, berücksichtigt werden müsse. Die Versammlung beschloß eine Preiserhöhung für Rohmöbel von 40 Prozent und für gebeizte, gestrichene und polierte Möbel von 50 Prozent einzutreten zu lassen.

„Deutsche Arbeit“
 Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.
 Bestellungen können erfolgen bei der Post, bei allen Buchhandlungen, beim Verlag, oder bei der Geschäftsstelle in der Reichshauptstadt.
 Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6 RM., halbjährlich 3 RM., vierteljährlich 1,50 RM. Bei Einzelbestellungen monatlich 0,30 RM. Postfrei.

Anzeigen der Zahlstellen.

- Köln-Nhein. Arbeitsnachweis und Büro Lenzenwall 9. Telefon A 3210.
- Berlin. Büro Berlin O 27, Blumenstraße 75. Telef. Amt Alexander 100.
- Danzig. Arbeitsnachweis u. Büro Pfefferstraße 1.
- Frankfurt a. M. Arbeitsnachweis und Büro Albenstraße 22. Telefon-Amt I 9440.
- Hamburg. Arbeitsnachweis und Büro Bremerstraße 20. Telefon Gruppe V 1478.
- München. Arbeitsnachweis u. Büro Bayerstraße 25. Telefon 51692.
- Hildesheim. Arbeitsnachweis u. Büro Lousienstraße 37. Telefon 10503.

- Duisburg. Arbeitsnachweis und Büro Realstraße 2. Telefon 2537.
- Essen-Nord. Arbeitsnachweis u. Büro Frohnhamerstraße 14. Telefon 1042.
- Freiburg i. B. Arbeitsnachweis und Büro Eichholzstraße 70.
- Köln. Arbeitsnachweis u. Büro Pontstr. 56. Telefon 1588.
- Leipzig. Arbeitsnachweis u. Büro Westerntorstraße 64.
- Münster i. B. Arbeitsnachweis und Büro Engelstraße 46.
- Münster. Arbeitsnachweis und Büro Bayerstraße 25, Süd. Telefon 51692.
- Worms. Arbeitsnachweis und Büro Kottstr. 18. Telefon 1111.

Mehrere tüchtige
Möbeltischler
 stellt sofort ein
 Werkstätten für Innenausbau
 Firma: August Pöffe, Weimar, Theaterplatz
Handbuch der praktischen Kriegsfürsorge
 von Heinrich Dief.
 Preis 60 Pfg. für Verbandsmitglieder.
 Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Verbandes.

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands,

Nr. 29.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Verbindungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln, den 21. Juli 1916.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Wenzelwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag

17. Jahrg.

Die zukünftige Arbeiterbewegung und die heimkehrenden Krieger.

Für die zukünftige Gestaltung der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands wird es naturgemäß von der allergrößten Bedeutung sein, welchen Stempel ihr nach der Rückkehr die Krieger aufdrücken werden. Darauf nimmt auch der diesjährige Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes näheren Bezug, indem er sowohl unsere wie auch die sozialdemokratische Bewegung berührt.

Die große Zahl der Einberufungen hat selbstredend recht stark in die Mitgliederziffern, besonders unserer Bewegung hineingepackt. Nach vorläufigen Feststellungen betrug der gegenwärtig beitragszahlende Mitgliederstand in den christlichen Gewerkschaften Ende 1915 rund 160 000. Die Zahl der Einberufenen war bis dahin auf etwa 152 500 gestiegen. Die einzelnen Verbände sind von den Einberufungen sehr ungleichmäßig getroffen worden. In einzelnen handwerksmäßigen Berufen stehen mehr wie zwei Drittel der Mitglieder unter den Waffen. Da es sich dabei um die tatkräftigsten Elemente handelt, so ist die entscheidende Rolle, welche dieselben nach ihrer Wiederkehr aus den Schützengräben in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung spielen werden, ohne weiteres gegeben. Wir leben der festen Zuversicht, daß das große Erleben dieser Mitglieder sie für die Bedeutung einer unabhängigen, zielbewußten Arbeiterbewegung noch empfänglicher gemacht hat, wie früher, und daß sie der Bewegung einen kräftigen Aufschwung vermitteln werden.

Die Stellungnahme der heimkehrenden Krieger wird von ausschlaggebender Bedeutung sein insbesondere auch für die Gestaltung der Dinge im sozialdemokratischen Lager. In der letzten Zeit haben die Verhältnisse hier eine berartige Zuspitzung erfahren, daß von einer völligen Spaltung geredet werden kann, womit allerdings nicht gesagt ist, daß diese Spaltung eine den Krieg überdauernde sein müsse oder sein werde. Fest steht aber, daß durch die Zuspitzung die Massen in den sozialistischen Gewerkschaften durcheinandergeworfen werden und eine heillose Verwirrung entsteht. Insofern sind die betreffenden Vorgänge keine ausschließlich innere Angelegenheit der Sozialdemokratie. Ihre Wirkungen berühren die Arbeiter-schaft und namentlich die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter allgemein. Geschlossenheit auf der ganzen Linie, das dürfte aus den oben gemachten Ausführungen hervorgehen, ist das wichtigste Erfordernis für die ganze deutsche Gewerkschaftswelt in der nächsten Zeit. Die Absonderung der radikalen Minderheit in der Sozialdemokratie entspringt Erwägungen, die einen Rückschlag in die schlimmsten Zeiten revolutionärer Romantik bedeuten; es ist die niedrige Spekulation auf die sich in gewissen Kreisen ansammelnde Unzufriedenheit und die Hoffnung, die Kritik zum Kernpunkt höchster Agitation machen zu können. Die paar Eingänger, die aus wirklichen sozialen Bewusstseinsbedenken die Absonderung mitgemacht haben, ändern an dieser Lage nichts. Aus den besagten Gründen verdient die neueste Aktion entschiedenste Verurteilung und Bekämpfung. Außerdem natürlich auch deshalb, weil sie in unverantwortlicher Weise dem erschlaffenden Geiste der Kriegsbegiertheit unserer Gegner willkommene Nahrung zuführt — und damit gleichzeitig der allzeit wachsamsten sozialpolitischen Reaktion im Innern Deutschlands.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann demgegenüber darauf hinwirken, daß sie infolge unablässigen Bemühens während der Kriegszeit geistig geschlossenere denn je aus dem Kriege hervorgeht. Ein erstes äußeres Zeichen dessen ist die mit Jahresbeginn erfolgte Herausgabe der Monatschrift „Deutsche Arbeit“, die in den eigenen Kreisen große Begeisterung auslöst, in der Öffentlichkeit aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich viel Beachtung und Anerkennung errungen hat. Je mehr der Frieden in Sicht kommt, umso mehr wird die Geschlossenheit

der Bewegung auch nach außen in Erscheinung treten. Mit umso größerer Freude werden dann gewiß unsere heimkehrenden Kollegen sich wieder der Bewegung zuwenden und sie zu einer immer wirksamer werdenden Interessenvertretung mit ausbauen.

Die Kriegstagung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen.

Ende August 1912 wurde der Gesamtverband deutscher Krankenkassen gegründet. 43 Kassen waren an der Gründung beteiligt. Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine und der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband hatten die Initiative zur Gründung des Verbandes ergriffen. Die hervorragendsten Führer aller bürgerlichen Parteien erklärten mündlich oder schriftlich der Gründungsversammlung, daß sie die Errichtung des neuen Verbandes als notwendig erachteten und deshalb sehr begrüßten. Am 1. Januar 1913 begann der Verband seine ordentliche Tätigkeit. Seine Geschäftsstelle ist in Köln am Rhein, Wenzelwall 9. Die erste Nummer der eigenen Verbandszeitschrift „Die Krankenversicherung“ erschien am 10. Januar 1913. Die Zeitschrift kostet jährlich 5 Mk. ohne Postgeld und erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Sie zählt die hervorragendsten Autoritäten auf dem Gebiete des Versicherungsrechts und der Versicherungspraxis zu ihren Mitarbeitern und kann sich somit inhaltlich den ältesten Fachzeitschriften würdig zur Seite stellen. Dem Gesamtverband deutscher Krankenkassen gehören zur Zeit etwa 430 Kassen an. Für Bayern, Baden, Rheinland, Westfalen, Schlesien und die Provinz Sachsen sind bereits Landesverbände gegründet worden, die sich auszeichnen entwickeln. Die Gründung von Landesverbänden für andere Provinzen steht noch bevor.

Der Verband wurde gegründet, damit die Krankenkassen Gelegenheit bekamen, sich einer parteipolitisch vollständig neutralen Organisation anzugliedern, zumal sich immer mehr herausstellte, daß der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Sitz Dresden, mehr und mehr sich der sozialdemokratischen Parteibewegung zuneigte. Der Vorstand des Gesamtverbandes ist deshalb auch von Vertretern aller Partei- und Gewerkschaftsrichtungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, zusammengesetzt, jedoch seine Neutralität dadurch vollständig verbürgt ist. Der 1. Vorsitzende des Gesamtverbandes ist Reichstagsabgeordneter Behrens, der 2. Vorsitzende ist Fabrikant Koenigs-Machen, der 1. Schriftführer ist der Sekretär der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Lewin-Berlin, der 2. Schriftführer und Geschäftsführer des Gesamtverbandes ist Reichstagsabgeordneter Beder-Köln, der auch das Verbandsorgan leitet.

Am 26. und 27. Juni d. J. hielt der Gesamtverband deutscher Krankenkassen zu Berlin eine Kriegstagung ab, die sehr stark besucht war. Das preussische Kriegsministerium, das Reichsversicherungsamt, das Reichsgesundheitsamt und das Berliner Oberversicherungsamt hatten Vertreter entsandt.

Die wichtigsten Fragen, die zur Zeit das Versicherungs-wesen berühren, standen zur Beratung auf der Kriegstagung. Ueber die Mitwirkung der Krankenkassen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten sprach der Vorkämpfer in diesem Kampfe Professor Dr. Blaschko-Berlin. Volkshygienevorsteher Dietrich-Gladbach begründete in längerer Rede die Vorschläge zur Änderung der Reichsversicherungsordnung, die der Vorstand des Gesamtverbandes der Kriegstagung unterbreitete. Ueber die Arzneiverordnung der Strahl- und Röntgenbestrahlung sprach der Vorsitzende der Krankenkassen, sprach Verwaltungsdirektor Meyer-Essen; die Frage der Einstellung Kriegsschadigter bei den Krankenkassen erörterte der Vorsitzende des bayerischen Krankenkassenverbandes, Rechtsanwalt Habereder-Paffau; über das Verhältnis der Zwangskassen zu den Ortskassen sprach Mandant Grene-Essen; die Entschädigung der Landesversicherungsanstalten für die Beitragsentziehung und den Rollenwandel an die Krankenkassen wurde von dem Geschäftsführer der allgemeinen Ortskrankenkasse Bonn, Stadhoff behandelt; die wichtige Frage des Ersatzanspruches der Krankenkassen für Aufwendungen an Kriegsschadigte war das Thema eines Vortrages des Geschäftsführers Reifenrath von

der allgemeinen Ortskrankenkasse Gelsenkirchen. Ueber das Berliner Ärzteabkommen berichtete Reichstagsabgeordneter Becker, der auch den Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, erstattete. Die Kriegstagung bewies, daß die Krankenkassen in dem neuen Gesamtverband, der sich so außerordentlich günstig entwickelt hat, eine tatkräftige Vertretung gefunden haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Gesamtverband, trotzdem er erst einige Jahre tätig war, sich großen Einfluß errungen hat bei der Reichsleitung sowohl wie bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und auch im Parlament. Demgemäß waren dann auch seine Erfolge. Der gedruckte Geschäftsbericht beweist es. Er wird jeder dem Gesamtverband oder einem Landesverbande angeschlossenen Kasse in einem Exemplar gratis zugestellt.

Nicht nur für die Kassenpraktiker, sondern für jeden Sozialpolitiker gibt der Bericht eine Fülle von Anregungen und Material, sodaß seine Anschaffung nur empfohlen werden kann.

Ueber die Kriegstagung wird ein gesondertes, gedrucktes Bericht (in Broschürenform) erscheinen. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Dem Schlußwort des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Behrens, daß die Notwendigkeit des Verbandes sich durch seine günstige Entwicklung und seine erfolgreiche Tätigkeit bewiesen habe und deshalb nur dringend gewünscht werden könne, daß alle noch fernstehenden, der Richtung des Verbandes sich zuneigenden Kassen ihm anschließen möchten, können wir nur beipflichten. Wir eruchen deshalb alle Gewerkschaftsmitglieder, für die Ausbreitung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen nach Kräften tätig zu sein im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer Krankenkassen und der ganzen sozialen Versicherung.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 29. **Wochenbeitrag** im Jahre 1916 für die Zeit vom 16. bis 22. Juli fällig ist.

Verbands-gelder, ganz gleich ob es Gelder der Hauptkasse oder der Ortskassen sind, dürfen nur mündelicher angelegt werden. Am besten eignen sich dazu behördliche Sparkassen. Unter keinen Umständen dürfen Verbands-gelder — auch nicht gegen allerlei Sicherheiten — an Personen ausgeliehen werden. Die Verbands-gelder sind auch so anzulegen, daß sie eine Person allein nicht in Besitz nehmen kann. Denn Ortsverwaltungen und Revisoren obliegt die Pflicht, sich mindestens am Vierteljahresschluß davon zu überzeugen, daß die Verbands-gelder unbedingt sicher angelegt sind.

Gewerkschaftliches.

Kriegszieleingaben und christliche Gewerkschaften. In der Tagespresse ist in den letzten Tagen verschiedentlich behauptet worden, außer anderen Organisationen habe sich auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften der bekannnten Kriegsbeigabe sechs großer Wirtschaftsverbände angeschlossen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat es vielmehr abgelehnt, derartigen Eingaben seine Unterschrift zu geben. Im vorliegenden Falle haben lediglich einzelne Personen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften an einschlägigen Besprechungen teilgenommen, ohne jedoch verbindende Erklärungen abzugeben. Von einem korporativen Anschluß kann gar keine Rede sein. Noch viel weniger kann davon die Rede sein, als ob die christliche Gewerkschaftsbewegung irgend etwas mit den unverantwortlichen Stänkereien gegen den Reichskämmler zu tun habe.

Aus der sozial. Eisenbahnerbewegung. Mit Hilfe der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist am 1. Juli eine neue Eisenbahnerorganisation „Der Deutsche Eisenbahnerverband“ ins Leben getreten.

Die Zentralvorstände der Kupferindustrie, Maler, Maschinisten, Metallarbeiter, Transportarbeiter, haben unter Zustimmung der Generalkommission nach wiederholten Beratungen beschlossen, freiwillig auf die Organisation der Eisenbahner zu verzichten und ihren Mitgliedern in den Betrieben der Eisenbahner-

schreiben wird darauf hingewiesen, daß in Berlin eine Zulage von 10 Pfg. die Stunde für jeden verheirateten Gehilfen, von 5 Pfg. für jeden unverheirateten Gehilfen und von 5 Pfg. für jede Näherin als gerechtfertigt anerkannt worden sei.

Kaupheim. Auf Grund von Eingaben und Verhandlungen werden hier jetzt folgende Feuerungszulagen gewährt. Die Werkzeugfabrik vormals Steiner und Söhne zahlt zu den vorher schon bewilligten 11% noch weitere 7%, zusammen also 18% Zulage.

Krefeld. Eine allgemeine Feuerungszulage hat in Krefeld bisher sowohl die Innung wie auch der Arbeitgeberverband abgelehnt. Beide erkennen wohl an, daß eine Zulage in Folge der Feuerung sehr wohl am Platze sei, daß aber die besonderen Verhältnisse des Gewerbes in Krefeld eine solche nicht zuließen.

Hagen W. Die Waggonfabrik zahlt seit März dieses Jahres ihren Arbeitern eine Feuerungszulage von 10%. Die in den Vertragswerkstätten am Orte beschäftigten Kollegen erhalten Feuerungszulagen von 3 bis 5 Pfg. pro Stunde.

Gewerkschaftliches.

Der christliche Malerverband bringt in seinem Verbandsorgan den Jahresbericht für 1915. Bei Ausbruch des Krieges traten gleich mehr wie 40% der Verbandsmitglieder unter die Waffen.

Die Hirsch-Dunderjäger Gewerksvereine hielten am 12. — 14. Juni in Berlin in ihrem Verbandshause ihren 19. Verbandstag ab. Als erster Redner sprach der Zentralratsvorsitzende Hartmann über „Die Frauarbeit in und nach dem Kriege“.

Rundschau.

Otto Lander j. Die christliche Arbeiterbewegung der Schweiz hat einen schweren Verlust erlitten. Einer ihrer besten Sekretäre, Otto Lander, ist in Zürich an einem Herzschlag plötzlich gestorben.

Der Hauptauschuß für Konsumenteninteressen hielt am 3. und 4. Juni in Leipzig seine zweite Kriegstagung ab. Dem Hauptauschuß gehören 82 Organisationen mit 7 1/2 Mill. Mitgliedern an.

hinzu, so erstreckt sich die Organisation auf etwa 25 bis 30 Mill. Verbraucher. Auf der Tagung waren etwa 100 Vertreter zugegen. Das neuerichtete Kriegsernährungsamt hatte als Vertreter die Herren Ministerialrat Edler, Freiherr von Braun und Dr. August Müller entsandt; als Vertreter des deutschen Städtetages nahm der Geschäftsführer Dr. Luther an den Verhandlungen teil.

Unsere Helden. Den Heldentod fürs Vaterland. Farben unsere Verbandsmitglieder: Josef Böh, Zahlstelle Duisburg. Josef Wildenberg, Zahlstelle Bielefeld. Julius Wessel, Vorsitzender der Zahlstelle Hamburg, gefallen in Rußland am 17. Juni.

verlangen. Zu der allgemeinen Lage auf dem Lebensmittelmarkt wurde von der Tagung einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

„Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, der mit seinen 7 1/2 Millionen Anhängern, d. i. mit Angehörigen 25 bis 30 Millionen Verbraucher, insbesondere aus den minderbemittelten Klassen umfaßt, fordert auf Grund der Beratungen seiner zweiten Kriegstagung am 4. Juni 1916 zu Leipzig, daß die öffentlichen Maßnahmen zur gerechten und vernünftigen Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Nord und Süd, Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, Arbeitenden und Nichtarbeitenden, gemäß den Richtlinien seines Wirtschaftsplanes mit der den Kriegsverhältnissen entsprechenden Entschloffenheit durchgeführt und die Lebensbedarfspreise, zumal von der neuen Ernte an, mit der Kaufkraft der Massen und den Gestehungskosten in Einklang gebracht werden.“

Mit einem Appell zu zielbewusster Weiterarbeit im Interesse der Bevölkerung und des Vaterlandes schloß Professor Zimmermann-Berlin die bedeutungsvolle Tagung.

Beschaffung von Bauarbeitern für den Wiederaufbau Ostpreußens. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe Königsberg, Klappertwiese 3, Fernruf 7342/7343 im Monat Juli 1164 meist auswärtige Bauhandwerker für den Wiederaufbau vermitteln können.

daten annähernd befriedigt werden, die von allen Generalkommanden des Reiches dem Arbeitsnachweis zur Verfügung gestellt und von diesen an die Arbeitgeber zu den Bedingungen des Tarifvertrages und gegen Erstattung der Reiseauslagen vermittelt werden.

Ueber die Theoretiker in der Arbeiterbewegung schreibt Theodor Brauer im Juliheft der deutschen Arbeit einen Aufsatz, in dem die Stellung des Theoretikers zum Praktiker hervorgehoben wird. Brauer bezeichnet die Stellung des Theoretikers in der Arbeiterbewegung als meist keine übermäßig beneidenswerte, weder in der sozialistischen, noch in der christlich nationalen, noch in irgend einer andern Richtung dieser Bewegung.

Diesen Ausführungen des Kollegen Brauer möchten wir hinzufügen, daß nach unserer Ansicht die Gewerkschaftsbewegung zu etwa 99% aus solchen Mitgliedern bestehen muß, die vorwiegend praktische Arbeit leisten. Es wäre für eine Gewerkschaftsbewegung geradezu verhängnisvoll, wenn ihre Anhänger mehr den theoretischen Problemen wie der praktischen Arbeit nachgingen.

Literarisches.

Wie baut man fürs halbe Geld in Ost und West neu auf? Volkstümliche Bauweise für Stadt und Land mit ungeübten Arbeitern und eigenem Baumaterial von jedermann in 8 Wochen gebrauchsfertig auszuführen.

Für den Wiederaufbau zerstörter Ortschaften im östlichen und westlichen Kriegsgebiet, sowie auf dem Balkan, ferner für Notbauten und selbst für die Unterkunfts- und sonstigen Baulichkeiten unserer Krieger wird hier eine dem Betonbau ähnliche billige Massivbauweise in Wort und Bild vorgeführt, die 40—60% Ersparnis gegenüber dem Ziegelbau und dabei mehrfach schnellere Herstellung ermöglichen soll.

Sterbetafel.

Josef Sphälski, Tischler, Zahlstelle Rosen, im Alter von 78 Jahren. Ludwig Höp, Gründungsmitglied des Verbandes, Zahlstelle München, gestorben an Lungenerkrankung im Alter von 58 Jahren. Ruhet in Frieden!